

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.- Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.-

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.

Nummer 130.

Die Wiedergutmachung.

Konferenzen in Genf und Brüssel.

Nach französischen Pressemeldungen, sind die Verhandlungen zwischen der französischen und englischen Regierung über das Wiedergutmachungsproblem so weit gekommen, daß der englische Botschafter in Paris vorerst voraussichtlich in kürzester Frist am Quai d'Orléans die endgültige Antwort überreichen werde.

Wie der "Matin" mittelt, sei man sich einig über die Saarverständigungskonferenz, die in ihrer ersten Frist in Brüssel zusammengetreten soll, und er alsdann sehr rasch eine Konferenz der Finanzminister und anderen Regierungsvertreter in Genf abhalten werde. Dort würden die Deutschen mit der anderen Stimme gehörig werden. Der Streit reiche sich jetzt nur noch darum, ob die Wiederherstellungsfrage endgültig vom Obersten Rat unter Bezugnahme der Deutschen geregelt werden sollte, und ob der Oberste Rat nur die Pränder und Bürgschaften der auch die Höhe der Schuld festsetzen sollte.

Nach der englischen Auffassung sollte der Oberste Rat in der ganzen Frage das letzte Wort behalten, nach der französischen sei nur der Wiederherstellungsabschluß hierzu berechtigt.

Ein schwerer Abschluß.

Die "Westminster Gazette", eines der hochangesehensten und vornehmsten Blätter Englands, schreibt: "Die Angaben über die Schulden Deutschlands wirken sie ein schwerer Abschluß aus dem Traume ihres Reichsführers. Das sei, kurz und deutlich, gesagt, Van-derott, auch wenn Dr. Wirth sich gehegt habe, dieses Wort auszusprechen. Deutschland müsse die Folgen des verlorenen Krieges tragen; die Deutschen aber, welche jaubten, daß in absehbarer Zeit von Deutschland Wiedergutmachungen geleistet werden würden, wären gut tun, sich das Rechengepäck anzusehen. Es ist unwahrscheinlich, daß eine Ration, die zwei Jahre nach Beendigung des Krieges vierzig Millionen Mark borgen müsse, viel hergeben könnte, auch wenn man noch so tief in ihre Taschen greife."

Ob man auch die Folgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen und sich ernstlich mit der Revision des Friedensvertrages befassen wird? Man möchte es einhabe glauben, wenn man folgende Ausführungen des Lloyd George nahestehenden "Daily Chronicle" lese:

"Unser Interesse liegt an Wiederaufbau Deutschlands und der Entwicklung zu normalen Verhältnissen, nämlich in einer größeren Ausdehnung des Volkes, Wiederherstellung des Handels und des Kreises und durch eine konsequente Verringerung der Lasten, welche es durch Schulden und Indemnitäten zu tragen hat. Unsere Sache ist es, darauf hinzuweisen, daß in demselben Verhältnis, wie Deutschland sich von der Junktion politisch losagt und die übermäßigen Verpflichtungen vermindert, dabei den Willen zur Umgestaltung des Vertrages von Versailles und der Schuldenbezahlung zeigt, wir unsererseits bereit sind, seiner Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Stabilität wieder zu erlangen und sich auszudehnen."

Allerdings nur so weit, als es im Interesse Englands liegt! Immerhin ist es doch ein gutes Zeichen, ob auch in England sich allmählich die Erfahrung der Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages Bahn drückt. Bei einem starren Festhalten an dem Buchstaben des Versailler Diktats muß das eutopische Wirtschaftsleben unweigerlich seinem Ruin entgegengehen. Unser Schicksal wird dann aber auch von unseren ehemaligen Feinden geteilt werden müssen, wenn der Verlust des deutschen Absatzmarktes würde für alle übrigen Staaten vernichtende Folgen haben. Es ist daher mehr als begreiflich, daß England ein großes Interesse an der Lebensfähigkeit des deutschen Volkes hat. Dieser Absicht steht aber die Politik der französischen Regierung immer noch abweisend gegenüber. Frankreich hat das Empfinden, daß es bei dem Abschluß des Friedens von England benachteiligt worden ist, und verteidigt daher jetzt seine ihm nach dem Friedensvertrages zustehenden Rechte mit dem Mittel der Verzweiflung. Man beachte nur, wie der Verzicht Englands auf die wirtschaftlichen Repressalien gegenüber Deutschland in Paris aufgenommen worden ist. Hier sind die unverkennbaren Gegensätze wieder einmal klar utage getreten. Aber schon zeigt sich wieder auf beiden Seiten die Neigung zur Beseitigung der "Misverstädtnisse". Der Londoner Berichterstatter des "Echo de Paris" teilt mit, daß Lloyd George beabsichtigt, in kurzer Zeit mit dem französischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung über die Schwierigkeiten, die sich zwischen Frankreich und England ergeben haben, zusammenzutreffen.

Bereits jetzt hat der englische Außenminister in einer Aussprache mit dem französischen Vertreter in London anerkannt, daß englischerseits ein Irrtum bei der Überreichung der englischen Besichtsnote, die zuerst in Berlin und dann in Paris erfolgte, gemacht worden sei, und das Bedauern der englischen Regierung darüber ausgedrückt. Ebenso erkennt England an, daß die übrigen Alliierten durch nichts verpflichtet seien, den Paragraph 18 des Versailler Vertrages aufzuheben. In Paris wird diese Benennung begrüßt.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gepfaltete Petzeile oder deren Raum für Geisenheim 25.-, auswärtiger Preis 30.-, Rellamezeile 90.-. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789 der Reichspost-Zeitungsliste.

Vertragsabschluß Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Donnerstag den 4. November 1920.

20. Jahrgang.

Doch sind damit die französischen Bedenken noch lange nicht zerstreut, da das Londoner Kabinett seinerseits Verpflichtung übernommen hat, auf den in Berlin bereits mitgeteilten Entschluß zu verzichten. Diese Schwierigkeiten sollen nun auf der neuen Zusammensetzung der Regierungshäupter beseitigt werden.

Wie das Ergebnis und ob es zu unseren Gunsten ausfallen wird, das ist schlecht zu sagen. Sicher ist auf jeden Fall, daß wir von französischer Seite auch nicht auf das geringste Entgegenkommen zu erwarten haben. Die Zeit wird aber ganz von selbst zu. Nein, das Gewaltfriedens drängt.

Mehr Kohle!

Nur durch Steigerung der Produktion.

Durch die Erfüllung des Spa-Abkommens gehen dem deutschen Wirtschaftsleben monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen verloren. Die Folgen dieser zwangsweisen Kohlenausfuhr sind häniglich bekannt. Die besten Kohlensorten wandern in die französischen, italienischen und belgischen Fabriken, nur ein fläglicher Rest an minderwertiger Kohle verbleibt uns zur notdürftigen Versorgung. Eisenbahn, Industrie, Gas- und Elektrizitätswerke, Landwirtschaft, fürgum die ganze Bevölkerung leidet schwer unter dem Mangel an Heizmaterial. Das deutsche Volk geht einem schweren Winter entgegen.

Wie kann diesem Notstand abgeholfen werden?

Ein Verzicht der Entente auf die einmal von uns bewilligten Kohlensicherungen kommt nicht in Betracht. Frankreich würde das Ausbleiben der Kohlensicherungen sofort mit der Besetzung des Ruhrreviers beantworten. Um diesen Preis aber will das deutsche Volk keine Besserung seiner Notlage herbeiführen. Also muß ein anderer Weg ausfindig gemacht werden, und diesen glaubt man mit Recht in der

Steigerung der bisherigen Kohlenförderung zu erblicken. In diesem Wunsche kommen sich alle Kreise und Schichten der Bevölkerung entgegen, um so größer sind jedoch die Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege, mit denen diese Mehrförderung erzielt werden soll. Die große Masse der Arbeiterschaft glaubt das Ziel am ehesten durch eine "Sozialisierung des Bergbaus", durch eine Verstaatlichung der Kohlengruben, zu erreichen. Je weiter links die einzelnen politischen Gruppen stehen, desto radikaler wollen sie die Sozialisierung durchführen. Hier spielt allerdings auch das Bestreben mit, die großen Gewinne der Bergbauindustriellen der Allgemeinheit zuzuführen, insbesondere die Angestellten und Arbeiter an dem Besitz und an dem Gewinn teilhaben zu lassen.

Regierung und Parteien haben sich diesen mehr oder minder berechtigten Forderungen nicht versöhnen können und sind der Lösung des Sozialisierungsproblems näher getreten. Eine besonders zu diesem Zwecke eingesetzte Sozialisierungskommission hat der Regierung und dem Parlament zwei Vorschläge unterbreitet, die beide die Überführung der Kohlenwirtschaft an den Reichskohlenrat, den Träger der Allgemeinheit, beabsichtigen, jedoch über den Zeitpunkt der Verwirklichung der Sozialisierung gehen die Meinungen noch auseinander. Der eine Vorschlag fordert sofortige Vollsozialisierung durch Enteignung der Grubenbesitzer unter Entschädigung in festverzinslichen Obligationen, der zweite Vorschlag befürwortet eine allmäßliche Vollsozialisierung in einem Zeitraume von 30 Jahren.

Die Regierung hat sich jetzt noch auf keinen der beiden Vorschläge festgelegt. Zunächst steht sie auf dem Standpunkt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu verantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Art und Form der Sozialisierung würden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung

größter Produktionssteigerung

zu entwickeln. Auch die Mehrzahl der Parteien haben bei der letzten Staatsdebatte im Reichstag die Bedingung gestellt, daß nur sozialisiert werden darf, wenn die Sozialisierung wirtschaftsfördernd ist, wenn sie die Produktion etwa nicht schwächt, sondern vielmehr in hohem Maße zu steigern geeignet ist.

Die Frage, ob die Sozialisierung überhaupt produktionsfördernd sein kann, wollen wir heute offen lassen. Zunächst nur ein kurzer Blick nach England, wo sich in den letzten Wochen ein hartnäckiger Kampf zwischen Regierung und Bergarbeiterseitern einerseits und den Bergarbeitern andererseits abgespielt hat. Wie erinnerlich, ist es dort zu einer Einigung gekommen, wonach die Höhe des Lohnes sich nach dem jeweiligen Gewinn der Unternehmer richtet. In vielen Augen wurde dieser Ausgang des Auseinanders als ein Sieg der Bergarbeiter hingestellt. Das darf ein großer Irrtum sein. In Wirklichkeit hat die Regierung ihr Ziel, nämlich die Steigerung der Kohlenproduktion, erreicht, denn die Höhe des Unternehmengewinnes und im Zusammenhang damit die Höhe der Bergarbeiterlöhne ist abhängig von der Höhe der Produktion. Je mehr Kohle gefordert wird, desto höher der

lohn der Bergarbeiter. Die englische Kohlenproduktion, die heute um 50 Millionen Tonnen jährlich gegen die Förderung im letzten Friedensjahr zurückbleibt, wird voraussichtlich ihren alten Stand wieder erreichen. Der Export des wichtigsten der englischen Ausfuhrgüter, der Kohle, ist dadurch wieder sichergestellt. Eine Zweifel, eine geniale Lösung des englischen Kohlenproblems. Mit Abschluß des Abkommens ist bezeichnenderweise der alte Ruf nach Verstaatlichung der Gruben völlig verklungen. Sollten die Arbeiter bei der Neuregelung der Lohnfrage besser abschneiden, als bei einer Nationalisierung der Kohle?

Die Autonomie der Provinzen.

Die Oberpräsidenten für eine einheitliche Staatsverwaltung.

Der Verfassungsausschuss der Preußischen Landesversammlung hat vor kurzem hochbedeutende Beschlüsse über die Erweiterung der Befugnisse der Provinzen geagt. Durch Übertragung der gesamten staatlichen Verwaltungsbeauftragung der Regierungen und Oberpräsidenten, einschließlich des staatlichen Rechtsstreits über Gemeinden und Kreise, glaubte der Ausschuss, den Lösungsbestrebungen der Provinzen am besten entgegenzutreten zu können.

Die Oberpräsidenten und die Landesdirektoren der preußischen Provinzen haben in einer Konferenz einmütig zu diesen Beschlüssen Stellung genommen und vertreten demgegenüber einmütig den Standpunkt, daß auch der heutige Staat eine Straße und eine einheitliche Staatsverwaltung und ein einheitliches Staatsbeamtenamt gebraucht und daß die vorgesehene Übertragung der regimentalen Verwaltungsbeauftragung des Staates mit Einschluß der Kommunalverwaltung und die überwiegende Teile der Provinzverwaltung nicht nur geeignet ist,

die Einheit des Staatsbeamtenamts zu zerstören, sondern auch die einheitliche Staatsgewalt Preußens provinziell-partikularistisch aufzulösen und die Verbindung des preußischen Staates herzuführen.

Für ein solches Vorgehen lägen ernste Gründe nicht vor, vielmehr würde es letzten Endes auch die Vergrößerung des Reiches zur Folge haben. Unnötig, es Befragungen zu vermeiden, und den berechtigten Erwartungen der Provinzen bei der Besetzung der letzten Beamtenstellungen Rechnung zu tragen, sei Sachen der Verwaltungskunst; eine Erweiterung der Provinzalrechte dürfte nur durch Übertragung einer besonders geeigneter Gegenstände stattfinden.

Als Einzelausgaben, deren Überweisung an die Provinz-Kommunalverbände die Landesdirektoren anlangt, werden solche auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Meliorationswesens, der Wege- und Begebenheitspolizei genannt. Als viel wesentlicher als die Übertragung neuer staatlicher Ausgaben wird von der Konferenz die Erwägung angesehen, der Bevölkerung Einfluß auf die staatliche Schulverwaltung und bei den Regierungspräsidien und in den Provinzialschulcollegien einzuräumen.

Die Provinzialautonomie.

Ein Besuch der rheinischen Zentrumspartei.

In der Frage der Provinzialautonomie ist die rheinische Zentrumspartei einmütig zu der Ansicht gelangt,

daß die Neugliederung nur dann zu einem gedeihlichen Ende geführt werden kann, wenn sie durch eine klare und entschlossene Initiative der Reichsregierung in die Wege geleitet wird. Die Reichsregierung darf sich diese Initiative unter keinen Umständen aus der Hand nehmen lassen und muß sie durchführen, ehe die zweijährige Sperrfrist abgelaufen ist."

Für die Übergangszeit verlangt der Provinzialausschuß eine möglichst weitgehende Ausgestaltung der Autonomie der preußischen Provinzen, und zwar in seinen Grundzügen bei Gelegenheit der Verabschlußung der preußischen Verfassung, nach der Ausgestaltung im einzelnen bei Gelegenheit der Verwaltungsreform in Preußen.

Für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Grundzüge der Provinzial-Autonomie in die Verfassung aufzunehmen, wird angergegt, daß die Verfassung in dritter Lesung verabschiedet wird, bevor nicht das Zustandekommen des Provinzial-Autonomie-Gesetzes in bestätigender Form gesichert ist.

Reichsgesetz für Oberschlesien.

Der Entwurf eines Gesetzes über Oberschlesien ist in der letzten Sitzung des Reichsrates den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Der Gesetzentwurf wird im Laufe dieser oder Anfang nächster Woche im Reichsrat fertiggestellt und dem Reichstag zur Beschlusssitzung vorgelegt werden.

Deutsche Pilger in Rom.

Eine Ansprache des Papstes.

Der erste deutsche Pilgerzug nach dem Kriege ist unter Führung des Erzbischofs Schulte von Alten Rom eingetroffen und in Gegenwart des deutschen Botschafters im Palast empfangen worden. Der Erzbischof gedachte in einer Ansprache des Werkes des Papstes im Dienste der Nächstenliebe und des Friedens, das in Deutschland nicht vergessen werden würde.

Der Papst entbot in seiner Antwort den zu ihm gekommenen Vertretern des deutschen Katholizismus, über deren Besuch er sich freue, seinen Gruß. Er erwähnte lobend die während des Krieges von dem Erzbischof und seinen Mitarbeitern auf dem Felde der christlichen Nächstenliebe geleisteten Dienste. Sie zeige ich die Würde eines Christen, seine Freunde zu leben, nicht unvereinbar sei mit der Liebe zum Vaterlande. Sein eigenes päpstliches Werk im Laufe des Krieges dürfe, so fügte er hinzu, nicht seiner Person angerechnet werden, sondern der erhabenen Mission, die ihm von Christus anvertraut sei. Seiner Freundschaft werde nicht eher Genüge getan sein, als es auf den Frieden der Waffen ein Friede der Gesinnung

unter den Menschen folge. Er bitte Gott, daß dieses Ziel erreicht werde.

Der Papst beglückwünschte sodann die deutschen Pilger, weil sie nach Rom gekommen seien, als die ersten nach einem Krieg, in dem seine Stellung so schwierig gewesen sei, denn seine Kinder hätten in beiden feindlichen Lagern gestanden, und weil sie mit ihrem Befehl einen besonderen Anstoß zur Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen zwischen den Kindern der katholischen Kirche gegeben hätten. Er wünsche dem deutschen Volke und den deutschen Katholiken Frieden und alle Güter, die Früchte des Friedens seien.

Zum Schluss spendete der heilige Vater allen deutschen Katholiken und Nichtkatholiken seinen Segen und segnete den anwesenden Vertreter der deutschen katholischen Jugend.

Politische Rundschau.

Berlin, 2. November 1920.

Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften hat auf seiner letzten Reichstagung in Charlottenburg die Sozialisierung des Bergbaus einstimmig abgelehnt.

Bischof Korum von Trier hat am 2. November sein 80. Lebensjahr vollendet. Die Zentrumspartei des Reichstages und die Zentrumsfaktion der preußischen Landesversammlung haben dem Senator des deutschen Episcopats ihren Glückwunsch zu seinem Jubeltage entboten.

In Berlin wurde der kommunistische Parteitag zur Vorbereitung der Verschmelzung von Kommunisten und Unabhängigen eröffnet.

Arbeiter Weg nach Ostpreußen. In den Pariser Verhandlungen mit Polen, welche den Durchgangsverkehr von Ostpreußen nach dem übrigen Reich betreffen, ist ein Stillstand eingetreten. Die Polen erheben jeden unberechtigten Anspruch, die Vertragsverpflichtungen nicht den ostpreußischen Verkehrsnotwendigkeiten, sondern der Leistungsfähigkeit der polnischen Verkehrs-Anrichtungen anzupassen zu dürfen. Der Friedensvertrag verpflichtet Polen zur Gewährung des freien Durchgangs auf allen in Betracht kommenden Linien, er ganz besonders für den Kohlenverkehr von Schlesien nach Ostpreußen wichtig ist. Das Eingehen auf die polnische Forderung würde einer schikanösen Bejähnung neuerdings Tür und Tor öffnen. Alle Kreise sind sich darin einig, daß hier ein Nachgeben unmöglich ist. Das Lebensinteresse der Provinz wie des Reiches fordert mit allem Nachdruck, daß, wie lebhaft auch die Wünsche der Exportindustrie nach Wiederbelebung des Warenverkehrs sind, vor der Sicherstellung der Verbindung Ostpreußens mit dem Reich kein Wirtschaftsabkommen mit Polen abgeschlossen werden darf.

Ein Zwischenfall an der polnischen Grenze. Dieser Tage überschritten bei Garnsee im ehemaligen westpreußischen Abstimmungsgebiet zwei polnische Soldaten von der polnischen Grenzsperrre, beide aus Konigs-Polen stammend, die deutsche Grenze. Ein deutscher Beamter der Grenzpolizei traf sie zufällig und orderte sie auf, die Waffen abzuliefern, und erklärte sie für verhaftet. Die Polen ließerten die Waffen nicht ab, sondern machten sie schußfertig. Infolgedessen rief der Beamte der Grenzpolizei zu seinem Revolver und schoß in der Notwehr auf die polnischen Soldaten. Einer erhielt einen Herzschuß und war sofort tot, der andere wurde schwer verwundet. Der erfossene Soldat wurde, nachdem eine Kommission der Tatbestand festgestellt hatte, nach Garnsee gebracht. Der verwundete Soldat wurde sofort nach dem Vorfall in Marienwerder im Krankenhaus eingeliefert. Am Tag vorher wurde ein Deutscher, der die Grenze vertritt, von einem polnischen Soldaten, der ihm eine Minute vorher über die Grenze gelassen hatte, erschossen.

Alldeutsche Waffenlager in Oberschlesien.

Die Korsanthpresse bringt neuerdings wieder Meldungen über Waffensunde in Oberschlesien. So war besonders von einem großen Waffensunde bei einem „alldeutschen“ Manne in Pleß die Rede. Eine Nachforschung hatte das überraschende Resultat gezeigt, daß es sich dabei um zwei Kisten Revolver handelte, die von der Internationalen Kommission für die Bewaffnung der Abstimmungspolizei angefordert und nach Erledigung der Einführung formalitäten bei einem Spediteur in Verwahrung gegeben worden waren. Dieser Spediteur war der angeblich „alldeutsche“ Mann der polnischen Presse.

Wölfenstein als Berliner Stadtschulrat nicht bestätigt.

Wie die „Nationalzeitung“ erfährt, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Dr. Maier als staatliche Aussichtsbehörde alle beförderten und unbedachten Stadträte des neuen Magistrats Berlin mit Ausnahme des Stadtschulrats Wölfenstein und des unbedachten Stadtrates Eichhorn bestätigt. Die von der sozialdemokratischen Mehrheit des neuen Stadtparlaments erfolgte Wahl des Stadtschulrats Dr. Wölfenstein dürfte allem Anschein nach entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, nach denen die beförderten Stadträte über die erforderliche Sachkenntnis und Eignung verfügen müssen, nicht bestätigt worden sein.

Die Gründe für die Nichtbestätigung der Wahl Eichhorns sind bisher noch nicht bekannt, sie dürften aber, wie das Blatt mitteilt, auf die bisherige Bevölkerung Eichhorns. Insbesondere aber auf die Rolle

zurückzuführen sein, die er als Polizeipräsident während der Berliner Spartakusunruhen im Januar vorigen Jahres gespielt hat, und die ihn in einen schweren Konflikt mit den Behörden und Gerichten brachte.

Einführung des Achtstundentages in der Schweiz.

In der schweizerischen Volksabstimmung wurde das Gesetz über die endgültige Einführung des Achtstundentages bei den Eisenbahnen, Post, Telegraphen- und Telephonbetrieben nach heftigen Abstimmungskämpfen mit rund 369 000 gegen 271 000 Stimmen beschlossen.

Rundschau im Ausland.

Die Probeabstimmung zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat eine große Mehrheit für den republikanischen Kandidaten Harding ergeben.

Polen: Der Streit um Wilna.

Die polnische Landtagskommission für auswärtige Angelegenheiten beschloß, das Gebiet von Wilna weiter zu verleben und gegen jeden Versuch, aus dem Wilnaer Gebiet einen besonderen Staat zu bilden, Einspruch zu erheben. Ferner wird die Kommission dem Plenum der Anträge vorlegen, die Regierung zu erüben, in dem beider vom General Jeligowski nicht bezeugt gehaltenen Gebieten unverzüglich eine ordnungsmäßige und einheitliche Verwaltung einzuführen. Demgegenüber erklärt der polnische Außenminister Sapieha in einem Telegramm an den Völkerbund daß die polnische Regierung mit einer Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet unter der Kontrolle des Völkerbundes einverstanden sei unter der Voraussetzung, daß das strittige Gebiet nicht von litauischen Truppen bezeugt gehalten wird. Die polnische Regierung bittet, so schnell wie möglich unter den einschlägigen Formen die Abstimmung stattfinden zu lassen.

England: Also doch Genf?

Der Meinungs austausch zwischen Paris und London hat, wie Reuter erfährt, es sicher erscheinen, daß die Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses und die deutschen Sachverständigen demnächst eine Zusammenkunft haben werden, die wahrscheinlich in Brüssel stattfinden werde. Nach Abschaffung eines Berichts durch die Sachverständigen werde wahrscheinlich eine weitere Zusammenkunft in der Art der Konferenz von Spa stattfinden. Unter der Zusammenkunft in der Art der Konferenz von Spa soll wohl — nehmen wir zunächst zu unserem Gunsten an — eine Beendigung der mündlichen Verhandlungen verstanden sein. Sofern aber auch die Beschlüsse der Genfer Wiedergutmachungskonferenz „in der Art von Spa“ ausfallen, so würde die deutsche Regierung gut daran tun, den Verhandlungen überhaupt fern zu bleiben. Denn ein Diktat, wie das schließen könnten, kann auch ein diplomatischer Vertreter des Reiches entgegennehmen, dazu braucht es nicht offizieller Minister, die angeblich als gleichberechtigte Teilnehmer zu der Konferenz zugelassen werden, letzten Endes aber doch sich dem Machtwillen der Entente beugen müssen.

Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 4. Nov. Nach einem der Handelskammer Wiesbaden vom Auswärtigen Amt Berlin, zugegangenen Bescheid ist die unmittelbare Regelung von Schuldverhältnissen aus der Zeit vor dem Kriege jetzt schon bei nachstehenden Ländern gestattet: Japan, Polen, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Peru, Tschecho-Slowakei, Uruguay, Südostasiatische Union, Ägypten, Jugoslawien, Kuba und Portugal.

Geisenheim, 4. Nov. Der Rheinwasserstand ist am Mainzer Pegel unter den Nullpunkt gesunken, eine Errscheinung, die seit langem nicht zu verzeichnen war. Die Ursache liegt in erster Linie in dem Eintritt des kräftigen Frostes im ganzen Flusßgebiet des Oberrheins. Die Schifffahrt ist infolge der Wassermangel außerordentlich beeinträchtigt, eine Ausnützung der Ladefähigkeit ist vollkommen unmöglich geworden.

Geisenheim, 4. Nov. Unter dem Viehbestand des Winzers Josef Johann Molitor im Unteren Fleden Nr. 102 in Johannisberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Neben dem betroffenen Gehöft ist die Sperre verhängt. Auf die leichte Übertragbarkeit der Seuche durch Personenverkehr wird hiermit hingewiesen.

Rüdesheim, 2. Nov. Am verflossenen Samstag und Sonntag tagten hier der geschäftsführende und der Turnausschuss des IX. Turnkreises (Mittelheingau); gegen 25 Herren, die berussten Führer des großen, über 160 000 Mitglieder zählenden Turnkreises, so u. a. der Turninspektor des Freistaates Hessen, Herr Schulrat W. Schmid, Darmstadt, als Vorsitzender, Ehren-Kreisturnwart Fr. Heidecker, Wiesbaden, der Turninspektor der Stadt Frankfurt und Direktor des Amtes für Leibesübungen, G. Echternach, Frankfurt, der städtische Turninspektor Poller, Saarbrücken, Kreisturnwart G. Frey, Mainz, Universitäts-Turnlehrer Fischer, Marburg, waren zur Erledigung wichtiger, grundlegender tuenterischer Fragen hier versammelt. Die Turngemeinde Rüdesheim bot ihr Bestes auf zum Empfang und zur Bewirtung ihrer Gäste. Am Freitag Abend trat die Rüdesheimer Damen-Turnabteilung vollzählig vor dem obersten Leiter aller Damen-Turnabteilungen des Turnkreises, Herrn Turninspektor Poller, Saarbrücken, in der Turnhalle an; zwei, von Saarbrücken mitgekommene Turnerinnen, die beiden ersten Siegerinnen bei dem unlängst in Frankfurt stattgefundenen Kunstwettturnen, boten anregende Gelegenheit, das Damentreffen in seiner höheren Entwicklung kennen und schätzen zu lernen. Der Samstag Vormittag war ausgelöst mit schulturnerischen Vorführungen der Kreis- und Verbandsturnwarte unter Leitung der Herren Frey, Mainz, und Poller, Saarbrücken; die Besprechung wichtiger tuenterischer Fragen und Beschlusssitzung darüber fand Samstag und Sonntag vor, zwischen und nach den turnerischen Vorführungen statt. Die Gäste verließen, in jeder Hinsicht hochbefriedigt, mit den Abendzügen am Sonntag das gastliche Rüdesheim.

Aus dem Rheingau, 2. Nov. Mit Ausnahme der Forenien ist die Weinlese beendet. Das herrliche Wetter der letzten vierzehn Tage hat bezüglich der Qualität noch außerordentlich gewirkt. Haben wir doch Mostgewichte bis zu 126 Grad feststellen können. Die kalten Nächte seit einigen Tagen dürften bezüglich der Quantität uns keinen Nutzen bringen. Der klaffende Unterschied im Ertrag der einzelnen Weinberge und Traubensorten hat sich noch verschärft. Die in eigenen Weinbergen tätigen Winzer ernten fast alle von ihren österreichischen Trauben mehr, als sie er-

wartet hatten. In ihren Riesling-Anlagen befriedigt der Ertrag meist gleichfalls, wenn er auch geringer ist. Dagegen enttäuscht die Ernte in den Riesling-Weinbergen der größeren Weizener fast allgemein. In einigen ist fast der ganze Behang verfault und verdorrt; die Ernte ist dort so gering, daß sich fast die hohen Liefekosten nicht lohnen. In der Mehrzahl der Weinberge hat allerdings auch Fäulnis und Dürre die Ernte stark gemindert. Man darf aber immerhin noch auf ein Drittel bis Viertel eines vollen Herbstes rechnen. Nicht nur die ungünstige Witterung allein hat die Katastrophe heraufbeschworen, auch ist sie im besonderen Falle auf schändlichen Missbrauch des Vertrauens gewissenloser Arbeiter zurückzuführen. — Was die Qualität des 1920ers betrifft, so wird die Gesamternte einen Mittelwein bringen. Der Preis der Trauben im mittleren und oberen Rheingau hat sich erhöht. Das Pfund Trauben wird bei mäßigem Geschäft mit 6 bis 7 Mark bezahlt. Im unteren Rheingau wird Most zu 18 000 bis 25 000 Mark das Stück gehandelt. (R. B.)

Hochheim, 31. Okt. Der berühmte Hochheimer Pferdemarkt, der alljährlich am Montag nach Allerheiligen abgehalten wird, findet in diesem Jahre am 8. und 9. November statt. Während der Markt seither als wandernder Geselle abwechselnd auf der Ost-, Nordost- und Nordseite auf freiem Felde abgehalten wurde, soll er von jetzt ab bodenständig werden, und zwar auf dem am Wehr gelegenen Sportplatz, ein großer vierrechter Platz mit festem Boden, der von drei Seiten mit Bogen umgeben ist. Durch diese Maßnahmen ist ein längst gebegeiter Wunsch vieler Pferdehändler und Marktbesucher erfüllt worden.

Frankfurt, 4. Nov. Die Fehlbeiträge bei der elektrischen Straßenbahn. Um das Defizit von über 3½ Millionen Mark bei der Straßenbahn zu decken, schlägt der Magistrat ernst der Stadtverordnetenversammlung vor, auf Straßenbahnkarten nach neun Uhr mittags einen Sonderzuschlag von 25 Pf. zu erheben. Gleichzeitig wird eine Steuer auf Autos, Motorräder und sämtliche Musikinstrumente beantragt. Die Auto- und Motorradsteuer soll 500 bis 3000 Mark betragen; Kraftwagen sind steuerfrei. Für Klaviere, Harmonium usw. will man eine Steuer von 60 Mark erheben, jedoch die Instrumente der Berufsmusiker steuerfrei lassen. Der Magistrat hat sich ein Ertragsziel von etwa 2½ Millionen Mark aus diesen Steuern herausgerechnet.

Köln 4. Nov. — Wieder eine! In Odendorf bewahrte eine Bäuerin 80 000 Mark Papiergele in einem Sack auf dem Speicher auf. Jetzt stellte sich heraus, daß Däuse für 50 000 Mark Papiergele gestreift haben.

Aus Stadt und Land.

Raubmord bei Celle. Sonnabend mittag wurde auf der Chaussee nach Wittingen ein 60 jähriger Viehhändler aus Helmstadt von einem Unbekannten erschossen. Er führte einen größeren Geldbetrag bei sich, so daß offensichtlich die Absicht eines Raubmordes vor liegt. Die Verfolgung des Mörders ist durch hinzukommende Radfahrer aufgenommen worden. Seine Identität konnte indessen noch nicht ermittelt werden. — Eine ähnliche Bluttat wird aus Berlin gemeldet. Dort wurde am Sonntag mittag die 45 Jahre alte unverheirathete Hausbesitzerin Lucie Beil ermordet und beraubt aufgefunden. Der unbekannte Täter hat Schmuckstücke in hohem Wert und vermutlich auch eine Barsumme von 7000 Mark geraubt.

Biersacher Mord eines Russen. In Altenhagen bei Bielefeld wurde die Leiche des 29 jährigen Bierers Ernst Voegeler mit zertrümmertem Schädel im Gebüsch beim Gehöft aufgefunden. Weiter wurden die Mutter des Ermordeten, seine 26 jährige Schwester Johanne und der 15 jährige Hützjunge Otto Mehe in einer Tauchegrube tot aufgefunden. Der Verdacht richtet sich gegen einen spurlos verschwundenen Russen der bei Voegeler arbeitete.

Schweres Eisenbahnunglück auf der Streete Bais-Breit. Sonntag nacht fand unweit Chartres ein schweres Eisenbahnunglück statt. Der von Paris nach Chartres gehende Personenzug stieß einige Kilometer in rasendem Tempo heranrollenden Güterzug zusammen. Die Lokomotive des Güterzuges schob sich in die Personenzug. Fast sämtliche Wagen beider Züge ließen um und wurden größtenteils stark beschädigt. Nur einige Wagen dritter Klasse des Personenzuges blieben verhältnismäßig verschont. Der Zugführer des Güterzuges ist tot, außerdem wurden 34 Personen verletzt.

Verhängnisvoller Zugzusammenstoß bei Kassel. In der Nähe der großen Werrabrücke bei Hannover bei Münden, auf der Halle-Kasseler Bahnstrecke, stieß ein Rangierwagen mit einem aus entgegengesetzter Richtung in rasendem Tempo heranrollenden Güterzug zusammen. Die Lokomotive des Güterzuges schob sich in die Personenzug. Fast sämtliche Wagen beider Züge ließen um und wurden größtenteils stark beschädigt. Nur einige Wagen dritter Klasse des Personenzuges blieben verhältnismäßig verschont. Der Zugführer des Güterzuges ist tot, außerdem wurden 34 Personen verletzt.

Um 700 000 Mark verschwendet. Aus Leipzig wird der „Börs. Btg.“ gemeldet: Vor einigen Tagen ist eine Leipziger Großbank durch einen Schwindler der sich Fabrikbesitzer Paul Schmidt aus Gelsenkirchen nannte, auf Grund eines gefälschten Alftredit Schreibens sowie eines gefälschten Scheids um 710 000 Mark verschwendet worden. Der Betrüger hat tag zuvor in gleicher Weise bei einer Berliner Bank veragt. Beträge von einer Million bzw. 500 000 Mark zu erheben, ohne dort aber zum Bielefeld zu gelangen. Der Schwindler arbeitet wahrscheinlich mit einem anderen Betrüger, einem angeblichen Bankbeamten Erich Schiwarz zusammen, der in Frankfurt am Main schriftliche Betrugsmethoden versucht hat. Auf die Erreichung der Täter bzw. die Herbeischaffung des Geldes sind 91 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Ein Mordanschlag mit Sauerstoffgranaten. Ein urtäliches Verbrechen wurde Sonntag abend in Spandau erlebt. Zwei Männer in Uniform des in Spandau legenden Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 15 erschienen bei dem Altwarenhändler Mahnkopf und lösen ihn unter der Angabe, daß sie ihm mehrere billige Entlassungsanträge verkaufen wollten, aus der Wohnung. Unterwegs verließen sie ihn jedoch. Als der Mann nach Hause zurückkehrte, sah er die Tür offen und als er die Tür öffnen wollte

ghöhlerten zwei an ihr befestigte Eierhandgranaten das Zimmer wurde zum größten Teil zerstört und der Häusler so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die beiden Verbrechen können noch nicht ermittelt werden.

** Brand des Simplonexpresszuges. Auf der Zahnlinie Simplon geriet der Simplonexpresszug in Brand. Paletten und Postwagen wurden vollkommen zerstört. Die Paletten im Werte von vielen Millionen sind vernichtet, darunter auch eine Sendung, die aus Paris an General Wrangel ging und einen Wert von 100 Millionen Franken darstellte.

** Der Einbruch bei der Königin von Württemberg. Der Diebstahl, bei dem die frühere Königin von Württemberg im Hotel Erzelsior in Berlin bestohlen wurde, hat schnelle Aufklärung gefunden. Der Diebstahl im Hotel Erzelsior bei einem neuen Diebstahl erkannt und festgestellt worden. Es handelt sich dabei um einen wegen Hoteldiebstahls bereits vorbestraften Schreiber Leonhard Wirs, der aus Aachen stammt. In der Wohnung des Einbrechers wurde im Keller hinter der Täfelung ein Palettenfund, in dem sich neben Taschen, Gürtel, Wäschestücken und Schuhputzklammern auch wertvolle andere Toilettengegenstände und eine Reisetasche befanden, die aus dem Besitz der Königin von Württemberg stammten.

** Schwere Eisenbahnunglüsse bei Berlin. Dienstag vormittag ereignete sich auf der Strecke Berlin-Potsdam der Potsdamer Stammbahn in der Nähe des Bahnhofs Zehlendorf-Mitte ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Arbeitszug, bestehend aus einer Lokomotive und einem Wagen, fuhr auf einen auf der Strecke haltenden Vorortzug auf. Die beiden leichten Wagen des Vorortzuges wurden durch den Anprall aus den Schienen gehoben und zerstört. Hierbei wurden drei Personen, ein Ehepaar Karl Heuer aus Düsseldorf und ein Schlächtermeister aus Berlin, getötet. Mehrere Fahrgäste erlitten Verletzungen; außerdem eine Leichtverletzte wurde auch ein schwer verletzt aus den Trümmerstücken geborgen.

** Neun Heizer auf einem französischen Dampfer verbrüht. Ein schrecklicher Unfall trug sich auf dem Dampfer „France“ zu, als dieser sich etwa 100 Meilen von Havre entfernt auf dem Meer befand. In einem Heizraum brach plötzlich ein Dampfleitungsrohr. Der Dampf stieß mit furchtbarer Gewalt in den Heizraum und verbrühte eine Reihe von Leuten. Trotzdem sofort Hilfe gebracht werden konnte, erlagen neun Heizer ihren entsetzlichen Verletzungen. Der Dampfer lief Cherbourg an, um dort die Opfer zu bergen. Die Bevölkerung von Havre ist durch das Unglück in großer Aufregung versetzt worden.

** Oberschlesien ohne Kartoffeln. Da das polnische Präsidialkommissariat dem mit der Interalliierten Kommission in Oberschlesien abgeschlossenen Verträge auflieferung von 1 Million Rentner Kartoffeln aus Polen nicht nachgekommen ist, ist Oberschlesien, wie die „Voss. Zeit.“ erwartet, zurzeit ohne Kartoffeln. Im vorigen Monat hatte die deutsche Regierung die von ihr vertragene Menge ohne weiteres geliefert. Die bisher von den Polen glücklich hereingetommenen 50 000 Rentner waren jedoch für die menschliche Ernährung überhaupt nicht zu gebrauchen. Nur die Oberschicht war mit Speisekartoffeln bedeckt, darunter lagen aber nur Zitterkartoffeln und anderes.

** Ein oberschlesischer Bandenführer erschossen. Der mehrfache Mörder und Bandenhauptling Emanuel Eloy aus Bielitzkowitz, der kürzlich den Oberwachtmeister Bezirks und den Landjäger Schießelt auf offener Straße erschossen hatte, wurde in Eintrachthütte mit zwei anderen Verbrechern verhaftet. Bei seiner Einlieferung in das Hindenburger Gerichtsgefängnis vertrat der Mörder, dem „Wanderer“ zufolge, den Befehl zur Waffe und verwundete Eloy durch einen Leiterstabschuß. Eloy starb bald darauf.

** Schwerer Fabrikexplosion. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Gottesberg: Die Ammoniakfabrik des von der Hentschachtes in Niederhennendorf ist in die Luft gesprengt. Ein Abreißapparat durchschlug das Fabrikdach und ein herabfallendes Stück der auseinandergerissenen Decke töte einen Wärter.

** Mord auf der Landstraße. Dieser Tage wurde in der Bezirksstraße Scharenberg-Meilen in einem Friedhof versteckt die mit Kartoffelkraut vollständig zugesetzte Leiche des Schnittwarenhändlers August Kieß aus Meilen gefunden, der durch einen Bauchschuß getötet und seiner Bartschaft von über 1000 Mark erbeutet worden ist. Von dem Täter fehlt jede Spur.

** Wie England seine Toten ehrt. Aus London wird dem „Berliner Volks-Anzeiger“ berichtet: An Waffenstillstandstag wird England seine gefallenen Helden durch eine Feierlichkeit ehren, der man ein gewisse Größe nicht absprechen kann. Als Repräsentant der toten Helden Großbritanniens wird ein unbekannter und namenloser Soldat aus französischer Erde ausgegraben und nach England überführt werden. Dieser Leichnam eines Unbekannten wird unter Teilnahme der ganzen Nation und unter den höchsten militärischen Ehren, die sonst nur einem König oder einem Feldmarschall zustehen, in der Westminster-Abtei beigesetzt werden. Der König selbst wird als erster barhaft hinter dem Sarge einherführen, der auf einer Kanonenlafette ruht, und dessen Abtuch von Admirälen und Feldmarschällen gehalten wird. Abordnungen der Armee, der Flotte und der Luftmacht nehmen ebenso wie die gesamte Regierung und das Parlament an dieser wahrhaft nationalen und pomposen Trauerfeier teil.

** Schiffszusammenstoß im Atlantischen Ozean. Der aus Bremen gebaute Dampfer „Capesear“ ist in der Föhrer Bucht mit dem Dampfer „City Atlanta“ zusammengestoßen und gesunken. 20 Mann der Bevölkerung des „Capesear“ sind ums Leben gekommen.

** Grubenbrand bei Saarbrücken. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Kohlengrubenwand bei Fördach, wo ein Stollendrand ausbrach. Der schwere Opfer an Menschenleben forderte. Bis jetzt konnten drei Tote und zwölf Schwerverletzte gerettet werden.

** Verheerender Dorsbrand bei Hamburg. In Bollenspieler bei Hamburg wütet eine Feuerwurzel. Bei dem herrschenden starken Ostwind besteht die Gefahr einer Vernichtung des ganzen Dries. Die Hamburger Feuerwehren sind benachrichtigt; 15 großes Feuerwehrfahrzeuge mit Feuerwaffen sind bereits niedergebrannt.

** Die Königin von Württemberg von Hoteldieben bestohlen. In einem erstklassigen Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes in Berlin wurde in den Mänteln der früheren Königin von Württemberg, die sich seit einigen Tagen dort aufhält, ein Einbruch verübt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diesem Falle ebenso wie bei den in letzter Zeit aufsehen erregenden Riesendiebstählen in anderen erstklassigen Hotels, Hausdiebe ihre Hände im Spiel haben. Allem Anschein nach ist man den Dieben auf der Spur. — Ende der letzten Woche wurde in die Elterkasse des Berliner Magazinwirtshauses eingebrochen. Nach dem Urteil Sachverständiger mussten dort gewerbsmäßige Einbrecher den Geldschrank auf und erbeuteten etwa 150 000 Mark Bargeld. Von den Dieben fehlt bis zur Stunde jede Spur.

** Verhaftung eines Berliner Bankbetrügers. Ein Berliner Bankbeamter, der gewerbsmäßig Bankunterstechungen gemacht hat, ist jetzt von der Polizei dingfest gemacht worden. Der Betrüger, ein 28-jähriger Bankbeamter Georg Henkel, hat es verstanden, innerhalb Jahresfrist vorübergehend bei drei Bankhäusern nacheinander unter verschiedenen Namen Stellung zu finden, um bei der nächsten Gelegenheit nach großer Unterschlagungen das Weite zu suchen. So schädigte er nacheinander drei Bankhäuser in Berlin, Frankfurt am Main und Siegen in Westfalen um rund eine Viertelmillion Mark, die er zusammen mit seinem Bruder und der Witwe eines gefallenen griechischen Offiziers verbrachte. Das saubere Kleebattel mietete sich schließlich eine Flinszimmerswohnung in einer Villa in Ilsenburg im Harz. Als die drei am Sonnabend von einem Ausflug in ihr Landhaus zurückkamen, wurden sie von einem Kriminalbeamten „empfangen“ und nach Berlin übergebracht. Jetzt ist man bemüht, den ganzen Fahrten des Kleebattels nachzuspüren.

** Massenflucht aus dem Hagenener Gefängnis. Aus dem Gerichtsgefängnis in Hagen sind 10 Schwerverbrecher ausgetragen. Die Gefängnisverwaltung merkte erst etwas davon, als ihr Befestigungen mitteilten, daß sie einige Flüchtlinge aus dem Gefängnis herauskommen gesehen hatten. Es fehlt bisher jede Erklärung darüber, wie es möglich gewesen ist, daß die Flucht unberichtet aelingen konnte.

** Das erste große deutsche Eisenbetonschiff ist dieser Tage auf der Werft in Bremen auf der Elbe vom Stapel gesunken. Das Frachtschiff ist 56 Meter lang, 8,6 Meter breit und verdrängt 800 Tonnen. Das Schiff wird für die baltische Reederei von August Bolten in Hamburg gebaut und soll den Verkehr zwischen den Ostseeländern dienen. Das Schiff lief glatt ins Wasser. Der Stapellauf mußte mit besonderer technischer Aufmerksamkeit ausgeführt werden.

** Das Buffet des Großfürsten. Während eines Aufenthaltes in Paris ging ein russischer Großfürst eines Abends in ein Theater und glaubte, es seinem Range schuldig zu sein, der Primadonna ein Buffet zu senden. Vier Wochen später wurde ihm eine völlig unbekannte Dame gemeldet, die ihn zu sprechen wünschte. „Siehe scheinen mich nicht zu kennen,“ begann sie. „Ich bin die Schauspielerin Marquita vom Theater de Paris und komme, um Ihnen für Ihre zahlreichen zitierten Aufmerksamkeiten zu danken.“ — „Ah, nun erkenne ich Sie, Madame,“ versetzte der Großfürst, „aber ich glaube, Sie irren. Ich habe Ihnen nur ein einziges Buffet gesetzt.“ — „Aber Ihr Diener hat mir doch lästiglich eines gebracht!“ — Der Diener wurde gerufen und bekannte höchst verlegen: „Als ich der Dame das erste Buffet brachte, gab sie mir fünf Franks Trinkgeld, und da das Buffet nur zwei Franks kostete, dachte ich hier sei etwas zu verdienen, und brachte ihr diesen Abend ein Buffet.“

** Der älteste Streit. Der römische Geschichtsschreiber Titus erzählt, daß schon im Jahre 308 v. Chr. eine Arbeitseinstellung stattgefunden habe. Die Stadtpeiser in Rom, die auch die religiöse Musik zu übernehmen hatten, hatten von alters her das Recht gehabt, im Jupitertempel ein Fest zu veranstalten. Als die Senatoren diesen Brauch abschaffen wollten, zogen sie insgesamt zu dem drei Meilen entfernten Tibur und setzten die römische Priesterschaft dadurch in nicht geringe Verlegenheit. Infolgedessen ließ der Senat die Bewohner von Tibur ersuchen, die Stadtpeiser zur Rückkehr zu bewegen. Das gelang, doch alle Überredungskünste erwiesen sich fruchtlos. Da versuchten die Herren von Tibur es mit einer List. Sie traten so lange mit den Musikanten, bis diese total berauscht waren, luden sie sodann auf Wagen und spiederten sie gen Rom. Froh, die Ausreisegruppe wieder zu haben, gestattete der Senat ihnen ihr Tempelfest, und so endete der erste Streit der Welt.

** Künstliche Perlen aller Art werden immer mehr von der Mode bevorzugt; das ist eine Wohltat für viele Tausend arme Leute, die durch Anfertigung derselben, mehr noch durch Sortieren, Aufarbeiten, Verpacken und Verarbeiten einen fargen Erwerb in Form von Heimarbeit haben. Die Anfertigung selbst geschieht meist nur in Glasfabriken. Oben sind die Fabriken Böhmen, besonders die in Gablonz, welche die elektrolytischen Perlen für Stickereien und Kleiderbesätze liefern. Metallperlen werden vorzugsweise im sächsischen Erzgebirge hergestellt, die Silberperlen, bis zur Größe von Silberfingern und anderen Glasfächern, die als Christbaumschmuck in der ganzen Welt bekannt sind, kommen ausschließlich aus den Orten des Thüringer Waldes, ebenso die milchweisen schillernden Wachspäppchen. Es sind dies Glaskugelchen, die innen mit „Fischessenz“ und danach mit Wachs ausgekleidet sind. „Fischessenz“ ist eine Auslösung der Schuppen eines winzigen Meerschweins, des Ulls. Bessere Perlen dieser Art, welche nicht als künstliche oder Glasperlen, sondern als „imitierte echte Perlen“ in den Handel kommen, liefern Wien, Florenz, Rom und Paris in auffallender Täuschung, die sich natürlich auch bis auf die längliche und unregelmäßige Form erstreckt. Römische Perlen sind kleine Alabasterkugeln, die erst mit Wachs, dann mit Perlenschnüren getrennt werden. Türkische Rosenperlen bestehen aus verschiedenen künstlichen Massen, die mit einer in Rosenöl abgerührten Farbe verziert werden. In katholischen Ländern finden sie für die Rosenkränze, die zum Beteren dienen, enormen Absatz. Nachdem gibt es Perlen auch aus Bernstein, aus Steinmässen, Korallen usw., seit einigen Jahren auch aus Celluloid. Dieses Material gestattet die schönsten Imitationen von Bernstein- und Korallenperlen, deren Industrie sich hauptsächlich im Riesengebirge entwickelt hat. Dem Tauschhandel mit unzivilisierten Völkern dienen in der Regel die früheren böhmischen Glasperlen.

** Große Eisenbahnschiebungen in Sachsen. In Sachsen sind neuerdings große Schiebungen mit Schrot und Leinöl aufgedeckt worden. Auf mehreren Bahnlinien wurden insgesamt 72 Eisenbahnen abgeworfen, das für Böhmen bestimmt war, angeholt und beschlagen, da zwar die Ausfuhrerlaubnis vorlag, aber eine 50 prozentige Überladung der Wagons festgestellt wurde. Ferner wurden 35 700 Kilo gramm Leinöl, die nach dem Osten verschoben werden sollten, beschlagen.

** Hochgerichtliche Stiftung. In der Kaiserstadt verordneten Verhandlungen machte Oberbürgermeister Scheidemann die Mitteilung, daß Geheimrat Hensche der Stadt zu Wohnungsbauten die Summe von 24 Millionen Mark überwiesen habe.

** Bemessung der Krankenkassenleistungen nach dem wirklichen Arbeitslohn. Der Vorstand des älteren Bergarbeiterverbandes hat das Reichsministerium in einer Eingabe um den Erlass einer Verordnung gebeten, die als Grundlohn zur Bemessung der bare Leistungen der Krankenkassen den wirklichen Arbeitslohn festsetzt.

Meine Nachrichten.

* Der Schaumweinverbrauch ist von 6% Millionen Flaschen vor dem Krieg auf rund 10 Millionen im Jahre gestiegen.

* Der Kampf zwischen dem bekannten Großindustriellen August Thyssen Vater und August Thyssen Sohn, der länger als ein Jahrzehnt gedauert hat, ist durch eine Auskündigung der beiden Parteien beendet.

* Von unbekannten Wilden erschossen wurde auf der Ahlensweddinger Flur bei Magdeburg der Bussbäcker Karl Wiegner.

* Die Überlandzentrale Reichsbahn hat nach einer Meldung aus Remscheid die Stromlieferung für Industrie und Gewerbe wegen Kohlemangels bis auf weitere einstellen.

* Zur Unterdrückung des Schlechthandels soll in Mitteldeutschland in den westlich von Leipzig gelegenen Kohlenbezirken eine Kohlenpolizei eingerichtet werden.

* Nach achtjähriger Unterbrechung trat am Montagabend in Berlin der 5. Allgemeine Deutsche Bankiertag unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Reich zusammen.

* Die städtischen Arbeiter von Großberlin haben dem Berliner Magistrat neue Lohnforderungen unterbreitet und erklären, daß sie in den Streik eintreten werden, wenn bis zum 1. November nicht Verhandlungen über die Lohnforderungen eingeleitet werden.

* Die Londoner Hopfenbörsen ist vollständig abgebrannt. Der Schaden wird auf anderthalb Millionen Pfund Sterling geschätzt.

* Bei einem Eisenbahnunglück zwischen Gladbach und Garbisdorf in der Mandauquelle (Ostpreußen) wurden über 100 Personen getötet.

* Im Riesengebirge reicht die Schneedecke bereits bis auf 800 Meter Höhe herab.

* Den Bemühungen der Frankfurter Polizei ist es gelungen, die anderthalb Millionen Mark, die der erschossene Agent Stark aus Eisenbahnwagen geklaut hatte, zur Stelle zu schaffen.

* Die Witwe von Derleth in Meleben (Bohmen) ist im Hostzimmer ermordet aufgefunden worden. Der Ehemann ist verreist, der Täter ist flüchtig.

* Im Dorfe Wittenrode bei Schwerin wurden drei Zisterne mit sämtlichem Gudehöf durch ein Feuer zerstört.

* Der Dampfer „Leviathan“, früher „Vaterland“ wird voraussichtlich der britischen Linie für ihre Europa-Dienst in Verbindung mit der Hamburg-Amerika-Linie übergeben werden.

* Um Lokomotiven für den Güterverkehr freizubekommen, hat die politische Verwaltung den gesamten Personenzugverkehr in Polen bis zum 10. November eingestellt.

* Die Wichtigste in Tegel bei Berlin müssen infolge Arbeitsverweigerung von 300 Reparaturlochern, Werkzeugmachern und Elektrikern geschlossen werden. Rund 5000 Arbeiter müssen feiern.

* Der Monatswechsel brachte am Mittwoch erhebliche Froststeigerung bis zu 8-10 Grad. Die Kartoffelversorgung kostet sehr.

Neueste Nachrichten.

TU Washington, 3. Nov. Zum Präsidenten der Republik ist der Führer der republikanischen Partei, Senator Harding, mit großer Mehrheit gewählt worden.

TU Paar, 4. Nov. Harding hat nunmal mehr Stimmen im Wahlmännerkollegium erobert, als er für seine Majorität notwendig hat. Es heißt, seine Mehrheit betrage 100 000 Stimmen, damit ist ein Ergebnis erzielt, wie man es in den Vereinigten Staaten noch nicht erlebt hat. Der Staat Ohio, in denen sowohl Cox wie Harding ansässig waren und 1916 für Wilson stimmten, hat jetzt ungefähr 100 000 Stimmen für Harding abgegeben, ebenso die Demokraten in Kansas geschlagen worden. Das demokratische Boston ist nun republikanisch. Einen glänzenden Sieg errang Harding auch in New York.

TU Basel, 4. Nov. Viel Beachtung findet ein Bericht „La crise Allemande“ (Die Krise in Deutschland) von Jean Herbette, dem eine genaue Kenntnis deutscher Verhältnisse schon vor dem Kriege nicht abgesprochen wurde, über die Verelendung Deutschlands. Herbette hat den Eindruck gewonnen, daß das gegenwärtige Deutschland keine Gefahr für den Frieden bedeutet, dagegen bedeute die Aussicht auf gänzliche Verelendung Deutschlands nichts. Die reaktionäre Propaganda füllt beim Bürgerstum auf einen günstigen Nährboden und die kommunistische schlägt bei jenen Kreisen ein, die nichts mehr zu verlieren haben. Man soll in Frankreich nicht vergessen, daß der Friede auch für Frankreich von großem Interesse sei.

TU London, 4. Nov. Die „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel: Der bolschewistische Vorstoß gegen die Krim ist ernster als erwartet und die Armee Wrangels ist ernsthaft in Gefahr. Es ist eine heftige Schlacht im Gange. Die Bolschewisten wollen die beiden Flügel der Armee Wrangels zerstören. Diese verteidigen sich tapfer und machen Anstalten über das Asowsche Meer auf die Krim zurückzukehren.

TU London, 4. Nov. Bei der Abstimmung hat die Mehrheit des Bergarbeiterverbandes gegen die Annahme des mit der Regierung getroffenen Abkommen gestimmt. Da jedoch die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht annähernd erreicht ist, hat die Delegierten-Konferenz den Bergleuten geraten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber werden darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Gemeinde liegt, die Steuerausgaben vom Arbeitslohn der Steuerhebstellen (Stadt) direkt zu überweisen, da die Gemeinde bei Ausführung dieser Verträge an die Finanzkasse den ihr zustehenden Anteil sofort einbehält kann, während sie von den Beträgen, die als Lohnabzüge durch Ableben von Steuermaennern entrichtet werden, vorerst nichts erhält.

Unter Bezugnahme auf § 52 des Reichseinkommensteuergesetzes werden daher alle Arbeitgeber, welche mehr als 5 Personen dauernd beschäftigen, erlaubt, die einbehaltenden Steuerbeträge monatlich durch Anwendung des nach vorgenannten § 52 des Gesetzes zugelassenen Lizenziens an die bietige Stadtkasse abzuführen und von der Anwendung des umständlichen, für die Gemeinde nur unvorteilhaften Marktlebens bei jeder Lohnzahlung abzusehen. Jede weitere Auskunft wird auf der Bürgermeisterei, Zimmer Nr. 1, erteilt.

Geisenheim, den 4. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Polizei-Verordnung zum Schutz des Maulwurfs.

Auf Grund der §§ 137, 139, 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 in Verbindung mit den §§ 6, 12, 13 der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 (G. S. S. 1529) und des § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 wird nach Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden verordnet:

Einiger Paragraph.

Der Strafe des § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes unterliegt, wer Maulwürfe fängt oder tötet oder in öffentlichen Anündigungen sich zur Abnahme von Maulwürfen oder Maulwurfsellen erbietet oder zu ihrem Angebot auffordert.

Das Verbot findet keine Anwendung auf den Fang oder das Töten von Maulwürfen in geschlossenen Gärten oder auf Deichen oder anderen Dämmen, die der Abwehr von Überschwemmungen dienen.

Die Ortspolizeibehörden werden ermächtigt, bestimmten Personen den Fang von Maulwürfen auch an anderen als den in Absatz 2 bezeichneten Orten durch Erteilen eines schriftlichen Erlaubnisscheines auf Antrag des Nutzungsberechtigten des Grundstücks zu gestatten, wenn ein besonderes landwirtschaftliches Bedürfnis nachgewiesen wird.

Wiesbaden, den 19. Oktober 1920.

Der Regierungspräsident.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 3. November 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Freitag, den 6. ds. Mts. kommt der
Tresterwein zu der

im bietigen Rathaus zum Ausgabe und zwar für die Besteller deren Familiennamen beginnt mit:

A-H von 8½-10 Uhr vormittags
J-M 10-11 " "
N-R 11-12 " "
S-W 2-3 " nachmittags
V-S 3-4 "

Preis je Flasche 3,50 und werden die Bezugscheine dafür in derselben Reihenfolge im Wirtschaftsamte verabfolgt.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen ein Recht auf den Bezug des Weins haben, die denselben auch wirklich zur Bereitung von Haustrank verwenden und auch die entsprechende Anmeldung im Sinne der Bekanntmachung der Polizeiverwaltung vom 28. Oktober gemacht haben.

Geisenheim, den 4. November 1920.

Der Magistrat.

Selbstläufer sucht bei sofortiger Abzahlung
mittleres

Weingut mit Landwirtschaft.

Wohngemüth für 2 Familien erforderlich.
Obstbau oder Fischzucht erwünscht, evtl. auch
industrieller Betrieb, (Brennerei, Ziegelei).

Angebote mit Preisangabe unter U. 11410
an Ann.-Exp. D. Frenz, G. m. b. H., Mainz.

Fertige Herren-Kleidung

Alster, Baglans und Paletots
Mt. 200.-, 450.-, 675.-, 900.-, 1300.-

Sacco- und Gutaway-Anzüge
Mt. 500.-, 800.-, 1200.-, 1500.-, 1800.-

Hosen Mt. 38.-, 85.-, 150.-, 200.-, 450.-

Doppeln Mt. 65.-, 85.-, 140.-, 300.-, 475.-

Spezialität:

Echte Münchener Loden-Kleidung
für Damen und Herren.

Aufsäcke, Sportstrümpfe, Wickelgamaschen.

Continental-Gummimantel für Damen und Herren.

Bruno Wandt, WIESBADEN

Kirchgasse 56.

Ordnung für die Gedächtnis-Feier für die gefallenen und verstorbenen Krieger am Sonntag den 7. November 1920 zu Geisenheim a. Rh.

I. Vormittags: Gottesdienst in den Kirchen mit Gedächtnisfeier.

II. Nachmittags 1½ Uhr: Antreten der Vereine auf dem Marktplatz.

Nachmittags 2 Uhr: Trauzeug zum Friedhof.

Zugordnung:

1. Feuerwehr.
2. Sanitätskolonne.
3. Musik.
4. Die Volksschule.
5. Realgymnasium.
6. Städtische Lehranstalt.
7. Die städtischen Körperschaften.
8. Die Angehörigen der Gefallenen.
9. Die Geistlichkeit mit den Kirchenvorständen.
10. Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Militärverein.
11. Gesangverein "Cäcilia".
12. Katholischer Kirchenchor.
13. Gesangverein "Liederkrantz".
14. Fußballverein.
15. Ruderverein.
16. Turnerschaft von 1858.
17. Kath. Gesellen- und Junglingsverein.
18. Kranken- und Sterbverein.
19. Privatgesellschaft "Rheingold".
20. Gewerbeverein.
21. Die übrigen Einwohner.

III. Nachm. 2½ Uhr: Gedächtnisfeier auf dem Friedhof.

1. Lied des Katholischen Kirchenhors.
2. Gedächtnisseide des Bürgermeisters mit Kranz niederlegung.
3. Lied des Gesangvereins "Cäcilia".
4. Lied des Gesangvereins "Liederkrantz".
5. Gemeinsamer Rückzug zum Marktplatz, woselbst Auflösung des Trauzeuges erfolgt.

Geisenheim, den 4. November 1920.

Der Magistrat.
Stahl, Bürgermeister.

Samstag den 6. November 1920, abends 7 Uhr
im Saale des „Deutschen Hauses“

I. Gastspiel

des Frankfurter Künstlertheaters für Rhein und Main
Leitung: Dr. Adam Kuckhoff und Robert George

„Kabale und Liebe“

von Schiller.

Karten zu Mk. 8.-, 6.-, 4.- und Mk. 2.50
sind zu haben in der Buchhandlung Ostern, Landstrasse,
Buchhandlung Hillen, Lindenplatz, bei Martin Simon,
Behistrasse, Friseur Reutershan, Pflanzerstrasse und an
der Abendkasse.

Englische Decken

in verschiedenen Farben
zur Anfertigung von Ulster, Damenmäntel,
Sport- und Junglings-Anzügen u. s. w.

Verkaufsstelle:

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim
Steinstraße 5.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln,
Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt,
Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,
Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filter-
material etc.

Alle Sorten

Tafel- und

Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei

Franz Rückert

Winzerlandstr. 47.

Neues Sauerkraut

Neueholl. Salzheringe

Kollmops

Lachsbüdlinge u.

Kieler Büdlinge

frisch eingetroffen.

Franz B. Rothaupt Wwe.

Marktstraße 4.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen
und ehemaligen Kriegsteilnehmer
Ortsgruppe Geisenheim — Johannisberg.

Zu der am Sonntag den 7. Novbr.
stattfindenden

Totenfeier

laden wir unsere Mitglieder nochmals dringend
ein und setzen vollzähliges Erscheinen als Ehren-
pflicht voraus.

für die kirchliche Feier sind für die Hinter-
bliebenen und Mitglieder Plätze in beiden Kirchen
freigehalten und bitten wir alle, diese Plätze auch
einnehmen zu wollen.

Nachmittags 1½ Uhr versammeln sich sämt-
liche Mitglieder zum geschlossenen Abmarsch
zum Marktplatz.

Der Vorstand.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Freiwillige
Feuerwehr
Geisenheim.

Sonntag, 7. Nov-
mittags 1½ Uhr Antreten zur
Gedächtnisfeier
im Vereinslokal "Deutsches
Haus". Anzug: Gute Uni-
form, Handtuch.
Vollständiges und pünkt-
liches Erscheinen erwartet
Das Kommando.

„Cäcilia“
Geisenheim.
Vereinslokal And. Vor-
stand.
Unserer Präsidenten zum
heutigen Tage die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Sänger.

Zu der am Sonntag statt-
findenden

Totenfeier
für die gefallenen Krieger
werden alle aktiven u. passiven
Mitglieder freundlich eingel-
aden, sich möglichst zahlreich
einzufinden. Zusammenkunft
um 1 Uhr im Vereinslokal.
Abmarsch 1½ Uhr zum Markt-
platz.

Der Vorstand.

G. I. Geisenheimer
Fußballverein 1908
Hente Abend 8½ Uhr:
Sitzung des Vorstandes
und Spielausschusses
im „Deutschen Haus“. Wichti-
ger Angelegenheiten wird
um pünktliches Erscheinen ge-
beten.

Der Vorstande.

Untertrichtsstunde
für Anfänger in der Gewerbe-
schule.

Deutsch-Demokratische
Jugendgruppe
Geisenheim a. Rh.

Am 7. Nov. nachm. 8 Uhr,
findet in Idstein i. Taunus
im „Deutschen Haus“ ein

Trefftag

der demokratischen Jugend
des Rhein- und Maingebietes
statt. Neben einem Referat
von Stud. jur. Fritz Hay über
„Deutsche Jugend, Deutsche
Zukunft“, werden Gesangs-
und Declamatorische Vorträge
die Veranstaltung über den
Rahmen einer gewöhnlichen
Versammlung hinaus zu einer
feierlichen Gleichgesinnter gestalten.
Unsere Mitglieder werden
dringend gebeten, sich daran
zu beteiligen und zu diesem
Zwecke sich mit Herrn Sch-
lissener jr. in Verbindung
zu setzen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.

Unsere Mitglieder werden
nochmals dringend gebeten,
die Mitgliedskarten bis längstens
Sonntag Mittag zur
Revision abzuliefern. Nach
dem Bundesstatut werden den
Mitgliedern allerlei Anprüche
an Unterstützungen, Sterbe-
geld etc. zugebilligt, jedoch nur
wenn die Karten in Ordnung
sind.

Die Mitglieder, die bis zu
diesem Termin ihre Karte
nicht abgeliefert haben, gehen
ihrer Ansprüche verlustig.

Der Vorstand.

Turnerschaft

Geisenheim von 1858.

Hente Donnerstag Abend

8 Uhr:

Vorstandssitzung

in der Turnhalle. Wichtige
Besprechungen erfordern voll-
zähliges Erscheinen.

Der II. Vorstande.

Gesäßgelenk-, Karpinen-, Bogelgelenk- u. Schug- verein Mittelheimgau

Samstag Abend 8 Uhr:

Vorstand- und Ausschus- sitzung

Sitzung

im Vereinslokal.

Anfangs nächster Woche

werde ich wieder eine

Partie trächtiger

Schafe

einkaufen. Interessenten,

wel